



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Über Machtfragen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Über Nachtfragen



pät und aus wirren Stürmen ist vor vier Jahrzehnten das Deutsche Reich entsprossen mit einer Schnelligkeit und Herrlichkeit, die das Volk mit einem Rausche der Begeisterung erfüllte. Aber Goethe sagt schon in Wilhelm Meisters Lehrjahre: „Das Geschehene hat auf die Gemüter der meisten eine unwiderstehliche Gewalt, und was uns unmöglich schien, nimmt sogleich, als es geschehen ist, neben dem Gemeinen seinen Platz ein.“ Nur zu rasch ist der Rausch der Begeisterung verfliegen, die jüngere Generation hat ihn überhaupt nicht erlebt, die Mehrzahl der Ältern hat nur einen Jugendeindruck davon, und die Zahl der Sechzigjährigen und darüber, die persönlich mitgetan und mitgelitten haben, nimmt rasch ab. Was vorher gewesen ist, wissen nur noch wenige aus bewußtem Erlebnis, die jetzt Lebenden nehmen das Reich als etwas Selbstverständliches hin, an dem man sogar schon oben und unten ein wenig wackeln könne. Die Tiefe einer großen Glücksempfindung über den ersten Frühlingsreiz des Reichs haben sie nicht empfunden, und darum bestehn sie nicht immer die mannigfachen Prüfungen, die an das Vaterland herantreten, und bei denen wir zu beweisen haben, ob unsre politische Erkenntnis jener Höhe des Glücks gewachsen ist, mit der die Vorsehung unser Volk gesegnet hat. Wäre es sonst möglich, daß die öffentliche Stimmung seit Jahren zwischen einer gewissen Prahlerei und dann wieder einer starken Nervosität gegenüber dem Auslande, zwischen Hurra Stimmung und Reichsverdrossenheit hin und her pendelt? Die Pflicht der ernstesten Tagesarbeit ist an uns herantreten, den blühenden Baum, den die Anstrengung unsrer eignen Väter in einem öde erscheinenden Boden gepflanzt hat, vor Stürmen und andern Gefahren zu behüten und ihn sorgsam zu pflegen, damit er die erhofften Früchte bringe; denn ohne Pflege trägt kein Fruchtbaum, man darf ihn auch nicht verwildern lassen oder nach Belieben daran herumschnitteln. Man muß sein Wesen kennen und ihn nach dieser Erkenntnis, nicht aber nach Lehrmeinungen behandeln. Das Deutsche Reich ist eben ein ganz besondrer Baum, der nach deutscher Weise behandelt werden muß und weder einen französischen,

englischen noch russischen Zuschnitt verträgt, aber von seinem ersten Gärtner, dem Altreichskanzler, richtig gepflanzt worden ist.

Es ist der geschichtlich sehr verspätete Versuch, unserm Volke die Form der politischen Macht zu verleihen, ohne die in Zukunft selbständige Staaten mit eigener Kultur überhaupt nicht bestehn können. Der Versuch ist bis heute geglückt. Aber Moltke sagte schon am 16. Februar 1874 im deutschen Reichstage: „Ein großes weltgeschichtliches Ereignis, wie die Wiederaufrichtung des Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrisen wird. Darüber, meine Herren, dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben; wir haben seit unsern glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.“ Das halbe Jahrhundert ist noch nicht um, aber ein Blick über unsre Grenzen zeigt, wie richtig Moltke prophezeit hat. Er schloß seine Rede mit den Sätzen: „Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten; vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in der Mitte Europas die größte Bürgschaft ist für den Frieden von Europa. Aber, meine Herren, um Frieden zu gebieten, müssen wir zum Kriege gerüstet sein.“ Und am 14. April ergänzte er, daß er „auch jetzt sicher glaube, daß ein starkes Deutschland in Mitte Europas die größte Bürgschaft für den Frieden ist. Aber, meine Herren, ein starkes Deutschland!“ Eine weitere Ergänzung gab er in seiner Rede vom 10. März 1886: „Aber, meine Herren, eine solche Politik läßt sich nur durchführen gestützt auf ein starkes und kriegsbereites Heer. Fehlte dieses gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine, so würde sie stocken. Die Noten unsers Auswärtigen Amtes würden des rechten Gewichtes entbehren. Die Armee, meine Herren, ist das Fundament gewesen, auf dem eine solche Politik des Friedens sich hat aufbauen lassen, die Armee ist es, die den diplomatischen Noten Nachdruck und Rückhalt gewährt; aber nur so lange, wie sie auch wirklich bereit und imstande ist, da einzutreten, wo der friedliche Zweck nicht erreicht werden kann.“

Es sind seitdem mehr als dreiunddreißig Jahre vergangen, vieles hat sich während dieser Zeit geändert, aber die Worte gelten heute noch, und ihre Richtigkeit wird vielleicht in unsern Tagen schon in weitem Kreise anerkannt als damals, wo mancher hergebrachte Doktrinarismus noch nicht durch die geschichtliche Erfahrung geläutert worden war. Jedenfalls hat das Verständnis für Machtfragen inzwischen ziemlich gewonnen, während zu jener Zeit die Meinung hingenommen wurde, Moltke habe „als Militär“ nicht anders sprechen können. Und doch sind die Geschicke der Völker stets und zu allen Zeiten endgiltig nicht etwa von den Kabinetten oder auf den Rednerbühnen, sondern auf den Schlachtfeldern entschieden worden. Gerade die Entstehungsgeschichte der beiden jüngsten Großstaaten Europas beweist das von neuem. Trotz eifriger Bemühungen war es der europäischen Diplomatie nicht gelungen, die Bildung

eines nationalen Staats in Deutschland und in Italien zu hindern, ebenso wenig aber hatten die tiefgehendsten Volksbewegungen, Agitationen, nationale Vereine, Beschlüsse und Vaterlandslieder mehr bewirken können, als die Gemüter vorzubereiten. Erst als die militärische Entscheidung gefallen war, stand der Nationalstaat im Handumdrehen fix und fertig da, etwas anders vielleicht, als ihn die nationalen Bestrebungen gedacht hatten, aber jedenfalls mächtiger. Daß Italien dabei aus den deutschen Erfolgen einen größeren Vorteil gezogen hat als aus den eignen, ändert an der Tatsache nichts. Was hätte aber die größte Staatskunst Bismarcks vermocht, wenn die Entscheidungen auf dem Schlachtfeld nicht so unwiderstehlich ausgefallen wären? Die Einmischung des Auslands stand 1866 wie 1870 vor der Tür und wäre nicht ausgeblieben, wenn man dem siegreichen Heere etwas Ebenbürtiges entgegenzustellen vermocht hätte. Daß Bismarck die gegebne militärische Lage zugleich mit sorglicher Rücksichtnahme auf die Zukunft wie im übrigen rücksichtslos ausgenützt hat, bleibt sein unvergängliches Verdienst, aber die militärischen Entscheidungen gaben ihm erst die feste Grundlage, auch für die weitere Zukunft, solange ihre Nachwirkung anhält.

Diese unerbittliche Tatsache wird in sichern Friedenszeiten leicht und gern wieder vergessen, aber kein Volk hat es öfter und bitterer bereuen müssen, sie vergessen zu haben, als gerade das deutsche. Mit Abrüstung und dergleichen hätten wir weder ein Deutsches Reich errungen, noch würden wir es erhalten können, denn wir sind wegen unsrer geographischen Lage zu vielen im Wege. Es wird auch auf die Dauer nicht gelingen, weltbewegende Fragen, die noch auf der Tagesordnung stehn, ausschließlich mit friedlichen Noten zu lösen. Diese Noten werden überhaupt nur bewertet nach dem militärischen Nachdruck, der zu ihrer Unterstützung angewandt werden könnte; ob sie gerecht und sachlich begründet sind, steht erst in zweiter Linie. Gewalt geht vor Recht, sagt schon das Sprichwort; jedenfalls gibt es ohne Macht kein Recht. Auch im bürgerlichen Leben nicht, nur wird dabei die Macht des Staats angerufen. Ohne sie würde sich kein Mensch der richterlichen Entscheidung fügen, die ja doch nur begehrt wird, weil im jeweiligen Falle die Anschauungen über das Recht verschieden sind. In internationalen Fragen ist Recht ohne Macht überhaupt ein inhaltsleeres Gebilde. Was würde uns das uralte geschichtliche Recht auf die Reichslande nützen, wenn es nicht durch unsre Armee gewährleistet würde? Die Abrüstler und Pazifisten würden uns nicht dazu verhelfen, heute nicht und in aller Zukunft auch nicht. Gerade wie in den Jahren, die auf den letzten großen deutschen Krieg folgten, ist die Erhaltung des Friedenszustandes auch heute noch wesentlich von dem Grade der Achtung bedingt, den das deutsche Heer und der leitende deutsche Staatsmann den Nachbarn einzulösen vermögen. Wegen unsers guten Rechts tut uns ebensowenig jemand einen Gefallen wie um unsrer „schönen Augen“ willen. Wie Moltke zutreffend bemerkte, ist nur auf der Grundlage der kriegerischen Erfolge und aus Furcht vor der Schärfe des deutschen Schwerts

hauptsächlich die bisherige Friedenspolitik dem Auslande gegenüber möglich gewesen. „Man muß handeln können, wie man will, um zu handeln, wie man soll“, sagte schon Zachariä vor siebenzig Jahren in seinen „Vierzig Büchern vom Staate“. Eine ernsthafte Friedenspolitik kann man nur treiben, wenn man in der Lage ist, den Friedensstörer nachdrücklich zur Rechenschaft zu ziehen, und das kann nur der Mächtige. Die Friedenspolitik Mindermächtiger ist nur ein politischer Zustand, keine politische Handlung. Internationale Fragen und Entscheidungen, die gesamteuropäische und auch außereuropäische Verhältnisse und Lebensfragen betreffen, treten gegenwärtig bei regelmäßigem Verlauf der Dinge an die mittlern und kleinern Staaten gar nicht mehr heran, seit die Zugehörigkeit zum internationalen Kreopag von dem Besitz einer großen Wehrmacht abhängig geworden ist. Goethe sagte am 23. August 1827 zum Kanzler von Müller: „Was ist Kultur andres als ein höherer Begriff von politischen und militärischen Verhältnissen? Auf die Kunst, sich in der Welt zu betragen und nach Erfordern dreinzuschlagen, kommt es an bei den Nationen.“

Daß die Bedingungen des Deutschen Reichsbestandes und die Aufgaben der deutschen Entwicklung einfacher seien als die unsrer Nachbarn, hat noch niemand behauptet, im Gegenteil gilt es als ausgemacht, daß die Schwierigkeiten unsrer internationalen Lage viel größer als in England, Frankreich und Stalien sind und höchstens mit denen Osterreich-Ungarns verglichen werden können. Hierin liegt auch mehr als in der ehemaligen Jahrhunderte dauernden politischen Zusammengehörigkeit der wahre Grund des engen Bündnisses beider Staaten. Daß die vorherrschende Stellung, die das Deutsche Reich noch immer im europäischen Konzert einnimmt, von der Mehrzahl der Mitwirkenden als eine Anomalie angesehen wird, die nächstens wieder zu beseitigen sei, sagen uns Russen und Franzosen, Polen und nach Rußland schielende West- und Südflawen alle Tage. Nicht der bewährte Wille, den Frieden aufrecht erhalten zu wollen, und politische Freundschaftsbeweise gewährleisten den friedlichen Zustand unter den Nationen, sondern die großen Heere und Flotten, die den Einsatz beim Bruch der freundschaftlichen Beziehungen für beide Teile allzuhoch erscheinen lassen. Darum entbehrt jede Politik, die sich nicht auf ein starkes Heer stützen kann, eine Politik, hinter der nicht der klar erkennbare Wille der Nation steht, unter allen Umständen militärisch stark bleiben zu wollen, ihres wirksamsten, weil gefürchtetsten Mittels dem Auslande gegenüber. Nur was die eigne Macht und Arbeit eines Volks gewinnt und verteidigt, bleibt sein dauernder Besitz, alle Vorteile, die bloß die Gunst des Augenblicks gewährt, fallen bei nächster Gelegenheit wieder andern zu. Außerdem bleibt es eine unumstößliche Wahrheit, daß eine Summe, die ein Volk nicht übrig hat, um zur Wahrung seiner nationalen Güter stark zu bleiben, ihm bei der nächsten Gelegenheit von einem siegreichen Feinde um das Zehnfache als Kriegsbeute abgenommen wird.

Für Leute, die die Begebenheiten der Geschichte und die Fragen der Politik nüchtern und praktisch beurteilen, sind das alles nur Binsenwahrheiten; sie können

aber wegen der vielen andern, die die Geschichte mit ihren Lehrmeinungen messen und die Politik nach ihren Gefühlen geführt sehen möchten, nicht oft genug ausgesprochen werden. In Deutschland ist sogar in den mit höherer Bildung ausgestatteten Schichten das Verständnis für die Machtfragen der modernen Politik allgemein nicht so weit ausgebildet, daß es bei Anwendung der durch die Verfassung dem Volk verliehenen Befugnisse nützlich zur Geltung käme. Wegen aller durchgreifenden Heeresfragen hat der Reichstag aufgelöst werden müssen. Die Parlamente andrer Staaten brauchen nicht erst durch bedrohliche Volksbewegungen bewogen zu werden, die unentbehrlichen Mittel für die nationale Wehrkraft zu bewilligen. Man darf sich dann aber nicht wundern, wenn die Achtung vor einer Nation sinkt, die doch schließlich für die Taten ihrer Erwählten verantwortlich ist, wenn diese zur Bewilligung des in andern Staaten Selbstverständlichen erst durch das Äußerste gezwungen werden müssen. Solche Selbstherabsetzung in der Achtung des Auslands kann auch der bedeutendste Staatsmann nicht wieder gut machen; man braucht die Schuld also gar nicht darauf zu schieben, daß kein Bismarck mehr da ist. Flotten und Heere stampft man nicht aus der Erde, die müssen in langer Friedensarbeit mühsam geschaffen werden. So war es 1866: militärisch, finanziell und diplomatisch war alles sorgsam vorbereitet worden, ohne daß das Ausland viel davon bemerkt hatte. Dann gelang das große Werk überraschend schnell und über alle Erwartung hinaus. Freilich hatte das preußische Abgeordnetenhaus auch den heftigsten Widerstand geleistet, aber der dadurch hervorgerufne Lärm trug glücklicherweise nur dazu bei, daß sich das Ausland über die durchschlagende Kraft des im stillen Geschaffenen täuschte. Unter den neuern Umständen ist das Reich viel weniger zu einer gleichüberraschenden Machtentfaltung imstande. Bei einem Parlament, wie es das Reich gewöhnlich hat, und bei einer Wählerschaft, die kein besseres zu wünschen scheint, denn sonst würde sie anders wählen, läßt sich nicht mehr still und sachlich arbeiten. Hat man nicht wegen der Truppenstärke für Südwestafrika den letzten Reichstag auflösen müssen? Was nicht mit allen Hilfsmitteln der öffentlichen Agitation eingeleitet wird, fällt bei unsrer Fraktionswirtschaft unter den Tisch. Nur mächtige Wellenschläge der Begeisterung, des Einigkeitsgefühls und des allgemeinen Unwillens haben bedeutungslose Parlamente in respektable Versammlungen umgewandelt — bis zur nächsten Wahl.

Man hat doch sogar für die notwendige Weltpolitik erst das Endziel programmatisch aufstellen müssen, um auch nur nach und nach von widerwilligen Parteien kargliche Bewilligungen zu erreichen. Noch heute machen sich Meinungen breit, als habe Deutschland die Wahl, ob es eine europäische Großmacht bleiben oder erst eine sogenannte Weltmacht werden wolle. Die Sache liegt aber doch ganz anders. Wir sind durch den Zwang der Verhältnisse, und nicht etwa durch eine kaiserliche Laune oder dergleichen, zur Weltmacht geworden, und es handelt sich in der Gegenwart nur noch darum, ob wir die Machtmittel aufbringen und erhalten wollen, die diese Stellung für die Zukunft sichern.

Davon steht leider in allen Parteikatechismen nichts, und darum mußte an die im deutschen Volk schlummernde, aber niemals gänzlich erloschene Sehnsucht nach Seegeltung appelliert werden. Man hat dabei freilich mit in den Kauf nehmen müssen, daß das Ausland dadurch aufmerksam geworden ist und daraus zwar keinen triftigen Grund, aber doch einen Vorwand gezogen hat, sich gegen Deutschland zusammenzuschließen. Dafür will man nun auch wieder in unzähligen Zeitungsartikeln und Parteireden den Kaiser verantwortlich machen. Aber wäre denn überhaupt etwas erreicht worden, wenn er nicht gewissermaßen als Heerführer aufgetreten, wenn er nicht durch eingehende Privatarbeiten über die Flotte dem höchst mangelhaften Machtverständnis der Auserwählten des Volks zu Hilfe gekommen wäre? „Ein großes Volk hat Leidenschaften vonnöten, um in die starke und anhaltende Bewegung gesetzt zu werden, die zu seinem politischen Leben erfordert wird“, sagte Wieland im „Goldnen Spiegel“. Ein politisches Ideal, dessen Verwirklichung, wenn auch nur in ferner Zeit, als erreichbar hingestellt wird, gibt erst die werbende Kraft. Nicht umsonst hat die Sozialdemokratie mit ihrem gänzlich unerfüllbaren „Zukunftsstaat“ gegenüber den alten Parteien einen so großen Einfluß auf die Wähler ausgeübt. Und die deutsche Geltung zur See, die deutsche Weltmacht sind nicht einmal ein chimärischer Zukunftsstaat, sie sind schon da, es gilt nur, sie zu erhalten und zu entwickeln. Der Sinn dafür ist auch dem deutschen Volke nicht fremd.

Zu einer Zeit, wo man noch mit idealer Phantasie, aber nicht mit den verschörkelten Parteimeinungen unsrer Tage an die nationalen Fragen herantrat, auf dem deutschen Reichstage in Frankfurt, traf Radowiz die Stimmung der damals Versammelten, die wirklich eine Auswahl der Gebildetsten des deutschen Volks darstellten, am 3. Juni 1848 mit den Worten: „Wir wollen die Einheit Deutschlands gründen. Es gibt kein Zeichen für diese Einheit, das in dem Maße innerhalb Deutschlands und außerhalb Deutschlands diesen Beschluß verkündet, als die Schaffung einer deutschen Flotte. Die Schaffung der Flotte ist nicht bloß eine militärische Frage, eine kommerzielle Frage: sie ist im höchsten Grade eine nationale Frage.“ In gleichem Sinne sprachen alle Redner der verschiedenen Parteirichtungen, und es zeugt von dem tiefen Verständnis aller über den notwendigen Zusammenhang der künftigen Seemachtstellung mit der Bildung eines Deutschen Reichs überhaupt, daß das Flottengesetz das einzige war, das in Frankfurt nahezu einstimmig Annahme gefunden hat. Goethe läßt den Faust, der unbefriedigt aus der antiken Welt und der mittelalterlichen Romantik zurückgekehrt ist, als selbstschöpferischen Kolonisateur und Beherrscher des Meeres sterben. „Dein hoher Sinn, der Deinem Fleiß erwarb des Meeres, der Erde Preis“, sagt ihm Mephistopheles, und Faust stirbt befriedigt: „Es kann die Spur von meinen Erdentagen nicht in Nonen untergehn.“ Herwegh sang in den politisch müden vierziger Jahren von der zukünftigen deutschen Seeherrschaft: „Es wird geschehn! Sobald die Stunde ersehnter Freiheit für uns schlägt, ein Fürst den deutschen Purpur trägt“, und er grüßte den deutschen

Kaiser der Zukunft: „Wie dich die Lande anerkennen, soll auch das Meer dein Lehen sein!“ Sie hatten in der Seele des deutschen Volks gelesen, das nicht bloß aus Neugierde für die Übersee begeistert war und heute noch der Kolonialpolitik und der Flotte mit größerer Wärme gegenübersteht, als die Parteipolitiker meinen. Die schlichten Erzählungen unsrer Chinakrieger, südwestafrikanischen Mitkämpfer und Matrosen finden in den noch gesunden Volksschichten mehr Anklang als die künstlichsten Parteireden. Das haben die letzten Reichstagswahlen bewiesen. Die Flotte ist sogar populärer als das Heer, das doch Unvergleichliches geleistet hat. Es ist das Verdienst der leitenden Männer im Reiche, daß sie an diese kräftige Strömung im Volk appelliert haben, Deutschland ist dadurch um einen gewaltigen Ruck vorwärts gekommen. Das deutsche Volk will seinen „Platz an der Sonne“ behaupten, und darum wird es gelingen. Damit wird auch der Parteienjammer überwunden werden, an dem Deutschland krankt, wenn auch nicht auf einmal.

Die Entstehung und die erste Blüte der Hanse wie die Ausbreitung des Deutschtums im Osten fielen zusammen mit der Größe des deutschen Kaisertums im Mittelalter. Jetzt ist Deutschland wieder ein Staat, eine Großmacht geworden. Geeinigt durch die glorreichen Siege des Heeres, das immer daheim die Basis schützen wird, darf es sich nun auch auf die Meere wagen. Man scheint aber wirklich in gewissen Parteikreisen noch der Meinung zu sein, daß das Ausland den Deutschen den freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt ungehindert und ohne Kampf gönnen würde, selbst wenn sie nicht einmal den Willen und das Ehrgefühl hätten, den einmal erworbenen Kolonialbesitz festzuhalten. Canning rief seinen Briten zu: „Die Zeit und der Zufall können nichts für die tun, die für sich selbst nichts tun wollen. Sogar die Vorsehung kann kaum ein Volk retten, das sich nicht darauf gefaßt macht, selbst seine eigne Sicherheit zu erkämpfen.“ Das deutsche Sprichwort: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ drückt das wohl noch kürzer aus, wird aber nicht immer beachtet. Die Existenz Deutschlands steht und fällt mit der Unabhängigkeit seiner auswärtigen Politik von den Wechselfällen des parlamentarischen Lebens und mit dem Bestande einer starken Wehrmacht. Es muß ein Militärstaat bleiben oder hört überhaupt auf, ein Staat zu sein. Das Elend der „Reichsarmee“ hat das erste deutsche Kaiserreich zugrunde gerichtet. England ist ein Inselreich, das des Schutzes eines stehenden Heeres nie bedurfte und seit acht Jahrhunderten keinen feindlichen Einfall erlitten hat; dort mag man vielleicht anders darüber denken, aber für Deutschland gibt es nur die eine Möglichkeit, stark zu bleiben; dann hat es Frieden. Es leidet eben unter dem unvermeidlichen Lose eines erst vor wenig Jahrzehnten in den ersten Rang der Großmächte eingetretenen Reiches, das auch unter guten Freunden noch Neider findet. Seine wirtschaftliche Tätigkeit bringt es in enge Berührung mit andern Nationen, zwischen denen es einen Platz suchen und ihn behaupten muß. Die zunehmende Verstimmung im Auslande zeigt noch mehr als die Statistiken, daß Deutschland in Industrie, Handel und Schifffahrt

auf dem Weltmarkte in stetem Aufsteigen begriffen ist. Seine Wehrmacht ist aber nicht in gleichem Maße entwickelt worden.

Man ist sich in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht hinreichend klar darüber, in welchem Maße sich die Machtverhältnisse seit dreißig Jahren verschoben haben, man verschließt sich der Erkenntnis, daß Deutschland nicht mehr als alleinige Macht mit der allgemeinen Wehrpflicht allen Nachbarn weit überlegen gegenübersteht. So war es in den großen Entscheidungsjahren 1866 und 1870, aber es ist nicht mehr so. Alle die großen Vorteile, die damals Deutschland seiner Überlegenheit der Zahl an Truppen und Geschützen, der raschen und planmäßigen Mobilisierung, der musterhaften Kriegsvorbereitung, der festen Organisation der Truppen der zweiten Linie und des Ersatzwesens verdankte, haben sich inzwischen die großen Nachbarstaaten auch angeeignet, und es ist ihnen meist in hohem Maße gelungen. Daß Deutschland bei einem Zukunftskriege hinter der feindlichen Hauptarmee nur auf eilig zusammengeraffte Gambettasche Truppenbildungen treffen würde, ist gänzlich ausgeschlossen. Die allgemeine Wehrpflicht ist überall durchgeführt worden, und Frankreich namentlich hat dabei Anstrengungen gemacht, die die deutschen weit überboten. Ende der achtziger Jahre war Frankreich sogar schon stärker an ausgebildeten Mannschaften als Deutschland, was zu dem bekannten Boulangerummel führte. Erst seit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit und der Vermehrung der deutschen Regimenten hat der Wettlauf um die Truppenzahl aufgehört, und das deutsche Heer nimmt entsprechend der Überzahl der Bevölkerung wieder den ihm gebührenden Vorrang in der Truppenziffer ein. Eine Überlegenheit, wie sie 1870 bestand, ist aber keineswegs erreicht worden und würde nicht einmal erreicht werden, wenn Deutschland mit der gleichen Schärfe rekrutieren wollte wie Frankreich. Das ist auch nicht nötig, da die einfache Überlegenheit genügt, und da Deutschland nur verteidigen und nichts erobern will. Wie weit es in den andern Kriegsvorbereitungen von andern Mächten eingeholt oder gar überboten worden ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. So unvorbereitet und unfertig wie 1870 werden aber Deutschlands Gegner in keinem Falle wieder sein. Daß die Franzosen vor zwei Jahren bei der plötzlichen Zuspizung der marokkanischen Frage eine außerordentliche Ausgabe von mehr als 200 Millionen für Heeresbedürfnisse machen mußten, läßt allerdings den Schluß zu, daß Deutschland noch einen größeren Vorsprung hat. Aber eine Überlegenheit in dem Maße, wie sie Deutschland infolge der allgemeinen Wehrpflicht noch vor dreißig Jahren hatte, besteht nicht mehr. Das ist eine Tatsache, die auch in den politischen Beziehungen und Verhältnissen zum Ausdruck kommen muß. Trotz allem ist aber Deutschland immer noch der mächtigste Militärstaat, den niemand ungestraft anzugreifen wagen wird, in kontinentalen Angelegenheiten nimmt es darum noch genau die Stellung ein wie zu den Zeiten Bismarcks.

Das hat sich deutlich bei der marokkanischen Frage gezeigt. Infolge Delcassés Versuch einer geflüchtlichen Beiseiteschiebung Deutschlands war eine Lage

eingetreten, die eine Kriegsandeutung notwendig erscheinen ließ. Von dem früher üblichen Mittel einer Mobilmachung mußte abgesehen werden, denn eine solche zieht nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unbedingt den Kriegsausbruch nach sich; man schritt darum zu dem andern gebräuchlichen Mittel einer Flaggendemonstration, und zwar sogleich mit Anwendung der Kaiserstandarte bei dem Besuch in Tanger. Das war sehr praktisch, denn es war billiger als eine Flottendemonstration, entzog die Geschwader ihren Übungen nicht und war nicht mißzuverstehen. Die Franzosen ließen auch sofort Delcassé fallen und bequerten sich auch trotz ihrer Anlehnung an England nach langen Verhandlungen zu der von Deutschland geforderten Konferenz über Marokko. Dieser diplomatische Erfolg beruhte unstreitig auf dem Schwergewicht unsrer Heeresmacht, deren Kriegsschauplatz abzugeben sich Frankreich scheute trotz der sagenhaften 100000 Mann, die irgend jemand in England zugesagt haben sollte. Die deutsche Armee ist demnach in der Lage, Deutschland ebenso wie früher vor jedem Landkriege zu sichern, und darauf beruht die Stärke der deutschen Diplomatie in Europa, und das hat sich also seit Bismarcks Zeiten nicht geändert. Wenn aber die Konferenz von Algieras in ihren Endergebnissen nicht dem Erfolg der deutschen Diplomatie bei ihrer Einberufung entsprach, so lag das eben an Einflüssen, die die deutsche Armee nicht zu fürchten brauchen. Es ist hier nicht am Platze, die Möglichkeiten zu erörtern, die Deutschland wegen seiner Schwäche zur See noch jeden Augenblick zu befürchten hat. So viel ist aber klar, daß die Konferenz von Algieras einen ganz andern Ausgang genommen hätte, ja daß es überhaupt nicht einmal zu einer marokkanischen Frage gekommen wäre, wenn Deutschland zur See ebenso mächtig gewesen wäre wie zu Lande. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß so mancher, von der öffentlichen Meinung übel gedeutete Vorgang in unsrer auswärtigen Politik seine Erklärung und dadurch auch seine Rechtfertigung in diesen Machtverhältnissen findet, die um so mehr hervortreten, seitdem sich unsre Politik in Folge unsrer eignen Entwicklung wie in Folge der geänderten Weltlage nicht mehr auf die Fragen des Weltteils beschränken kann, sondern zur Weltpolitik geworden ist. In dieser fallen aber die Entscheidungen zunächst zur See, und auf dieser nimmt Deutschland wohl eine geachtete, aber keineswegs eine so mächtige Stellung ein wie zu Lande. Die von vielen Seiten bekrittelte Zurückhaltung der neuern deutschen Politik schreibt sich darum durchaus nicht vom Fehlen eines Bismarcks her, sondern liegt einfach in den Machtverhältnissen. Man darf eben in der Politik nur verlangen, was man im Notfall auch durchsetzen kann. Das hat Frankreich 1870 schmerzlich genug erfahren müssen.

Hierher gehört auch ein politischer Vorgang, der vor nicht langer Zeit der deutschen Presse so stark auf die Nerven gefallen war, daß sie sich in ganz auffälligen Kleinmütigkeiten erging. Das sind die Reisen des britischen Monarchen. König Eduard, der eben nicht nach dem überlieferten Standpunkte der deutschen Witzblätter zu betrachten ist, hat es nicht nur verstanden, seit der Thron-

besteigung seinen heimischen Berufspolitikern die eigentliche Leitung der Politik aus der Hand zu nehmen, sondern seiner persönlichen Geschicklichkeit ist es auch gelungen, mit überraschender Schnelligkeit England aus seiner splendid isolation herauszuführen, die die schikanöse Torypolitik geschaffen hatte, und bei deren Lobpreisung die englischen Blätter bemüht gewesen waren, aus der Not eine Tugend zu machen. Es ist nun in Deutschland vielfach mit Unbehagen aufgenommen worden, daß diese Politik, namentlich infolge des englisch-französischen Abkommens, eine deutschfeindliche Spitze bekommen hatte, aber man wird zugeben müssen, daß sie im britischen Interesse liegt und nicht einmal durch eine dauernde Absicht hervorgerufen worden zu sein braucht, Intriguen gegen Deutschland zu schmieden. Es lag am wenigsten ein Grund vor, die Begegnungen von Cartagena und Gaeta nervös aufzufassen. Ähnliche Zusammenkünfte hat doch Kaiser Wilhelm oft genug herbeigeführt, und die sind gerade von Zeitungen, die letzthin so nervös taten, damals als bedeutungslose Fürstenbegegnungen auszulegen versucht worden. Warum nun gerade die des englischen Königs so viel bedeutsamer sein sollten, ist schwer einzusehen. König Eduard gilt gewiß mit Recht als der erste Gentleman seines Landes, aber gerade Franzosen sagen vom Kaiser Wilhelm, er wisse die Leute geradezu zu berücken. Sollte König Eduard noch mehr vermögen? Die Sache ist einfach die, daß England durch die Bemühungen seines Königs den Platz einnimmt, den eine ungeschickte Politik verscherzt hatte. Heute handelt es sich nicht mehr allein um Kontinentalfragen, sondern auch um die Weltpolitik, bei der hauptsächlich die Seestreitkräfte in Betracht kommen. England ist doch unbefritten die erste Seemacht, die darum nicht geringer wird, weil seine Landmacht, nach europäischen Verhältnissen gemessen, auffällig klein ist. Es ist deshalb kein Wunder und noch weniger eine Drohung gegen Deutschland, wenn sich in Aussicht auf Entscheidungen über Welthandel die anlehnungsbedürftigen Staaten der ersten Seemacht nähern und selbst mit ihr in ein enges Verhältnis zu treten versuchen, sobald sie nur will. Das ergibt sich einfach aus den Machtverhältnissen. Deutschland steht zu Lande an der Spitze des Dreibundes, England führt zur See; das könnte auch Bismarck nicht ändern.

Man muß sich eben in Deutschland an die bestehenden Machtverhältnisse und ihre Folgen zu gewöhnen suchen. Eine Gefahr liegt in diesen Verhältnissen für uns nicht, wenn wir sie nicht heraufbeschwören, was ausgeschlossen ist. Zu Lande ist Deutschland unangreifbar wegen seines Heeres und seiner Bündnisse; seine im Vergleich mit England noch schwache Flotte ist so anerkannt tüchtig an Material und Mannschaft, daß sie auch einer überlegnen Seestreitmacht einen sehr nachdrücklichen Widerstand leisten würde. Das weiß man auch in England, das mit gutem Bedacht seit einem Jahrhundert keinen Krieg mit einer größern Seemacht geführt hat. Man weiß auch dort ganz gut, daß das deutsche Volk selbst in der nächsten Generation noch kein ebenbürtiger Gegner der britischen Weltmacht zur See sein wird. Man darf sich nur in Deutschland

keiner falschen Illusion hingeben, muß dafür aber mit allen Kräften danach streben, die deutsche Flotte auf einer Höhe zu erhalten, die auch dem starken Gegner seinen Einsatz bei einem Vergewaltigungsversuche zu groß erscheinen läßt. Darauf beruht der Weltfriede, namentlich für Europa. Wenn im verfloffenen Jahre in England, in den Vereinigten Staaten und in Japan betont worden ist, daß die Flotten in der bisherigen Stärke erhalten, d. h. erneuert werden müßten, so dürfte der Grund dafür weniger in der Rücksicht auf den nötigen Schutz der erweiterten Handelsbeziehungen zu suchen sein als vielmehr in dem Ausblick auf die Möglichkeiten der Weltlage, deren Entscheidungen zur See ausgekämpft werden müßten. Für jeden, der zu sehen versteht, verspricht das englisch-japanische Bündnis keine ewige Dauer. England könnte dann leicht in die Lage kommen, daß ihm die Unterstützung Deutschlands in Ostasien nicht unangenehm wäre; denn beide haben dort gleiche Interessen. Es würde schon aus diesem Grunde praktisch unflug sein, wenn England den Versuch unternehmen wollte, die deutsche Flotte zu vernichten.



## Nochmals der höhere Verwaltungsdienst in Preußen

### 1



ie sich aus meiner frühern Darstellung in den Grenzboten (1906, Heft 6 und 7) ergibt, war es in Preußen im vorigen Jahrhundert schon recht bald dahin gekommen, daß sich in der Verwaltung überall, in den Zentral- wie in den Provinzial- und den Kreisbehörden in steigendem Umfang ein verderblicher Dilettantismus oder sagen wir in ehrlichem Deutsch: ein verderbliches Pfuscher- und Stümpertum breit machen konnte, das verkörpert wurde durch vollständige Laien auf dem Gebiete der Verwaltung, durch einseitige Privatrechtsjuristen und durch ungenügend ausgebildete Verwaltungsbeamte, denen namentlich die für sie unerläßliche persönliche Anschauung vom praktischen Leben immer mehr abhanden gekommen war.

Jede Neuordnung des Verwaltungsdienstes, an die man endlich nach langem Zögern Mitte der siebziger Jahre heranging, hätte also dieses Pfuscher- und Stümpertum rücksichtslos hinwegräumen müssen. Aber das Gesetz von 1879, das die Reform bringen sollte, hat umgekehrt die bestehenden Mißstände fast für ein weiteres Menschenalter geradezu gesetzlich festgelegt. Indem es nur für wenige Stellen, zu denen die leitenden nicht gehörten, eine besondere Vorbildung forderte, gestattete es auch weiterhin, gerade in die wichtigsten Stellen des höhern Verwaltungsdienstes Laien hineinzunehmen. Vollends seine Bestimmungen über die Aufnahme von Juristen in die Ver-